PB.W-01-471

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Moritz Heuberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 470 bis 477:
obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards sowie Menschenrechte entlang der gesamten internationalen ~~Produktions- und Lieferkette~~Wertschöpfungskette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. ~~Kern~~Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und schafft Rechtssicherheit. Nachverhandlungen zum deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig. DenKern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar, auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können. ~~Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt~~ **Z**udemsetzen wir uns für eine Ausweitungder erfassten Unternehmenein, aber auch für eigenständige, umweltbezogene Sorgfaltspflichten ein. Im Sinne eines feministischen Ansatzes müssen bei der Erweiterung zudem geschlechterspezifische Diskriminierung und ~~schafft Rechtssicherheit~~sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz in den Fokus berücksichtigt werden. Darüber hinaus setzen wir uns auchauf europäischer Ebene für eine ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein.

Von Zeile 482 bis 483 einfügen:
Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation gerodeter Wälder fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen. Waren, deren Herstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit in Zusammenhang stehen, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden.

Auf internationaler Ebene muss die Erarbeitung eines rechtverbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty) vorangetrieben werden.

Begründung

Wir sollten Nachverhandlungen des bestehenden Gesetzentwurfs - der bis zur BTW zum Gesetz werden wird - explizit benennen und unsere Forderungen für ein besseres Lieferkettengesetz stellen. Dazu gehören klare Kriterien, um das Lieferkettengesetz wirklich relevant und wirksam zu machen und es nicht nur zu einem zahnlosen Tiger verkommen zu lassen. Außerdem werden die letzten beiden Sätze aus dem China-Kapitel hier her gezogen und verschärft - weil es nicht nur in China Menschenrechtsverletzungen gibt.

weitere Antragsteller*innen

Hannah Heller (KV Speyer); Horst Lautenschläger (KV Herne); Annemarie Struß-von Poellnitz (KV Bremen-Nordost); Andreas Müller (KV Essen); Jakob Ache (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Merle Spellerberg (KV Dresden); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jens Polster (KV Celle); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Sandra Schneeloch (KV Köln); Karl-Heinz Trick (KV Ortenau); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Andreas Maurer (KV Bremen-Ost); Rudolf Witzke (KV Heidelberg); Hubert R. Schübel (KV Stuttgart); Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Alexander Görne-Zagel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jürgen Kretz (KV Odenwald-Kraichgau)